

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 4/29/2005 9:24:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Mittwoch, 04.05.2005, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **05-F-02-0030**

Ehrenamt für Schule
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 18.04.2005 -

Der Einsatz ehrenamtlich Tätiger im Schulbereich gewinnt kontinuierlich an Bedeutung und wird künftig noch weiter zunehmen. Die Möglichkeiten, sich in den Schulbetrieb einzubringen, sind vielfältig. Insbesondere die erfreulichen Anstrengungen vieler Schulen, ihr Profil zu schärfen und für die Schüler sowohl im als auch außerhalb des Regelunterrichts neue Angebote zu schaffen, werden sich nicht ohne Experten von außen realisieren lassen. Dabei ist insbesondere an zeitlich begrenzte Projekte, deren Betreuung spezielle Kenntnisse erfordert, zu denken.

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Gleichzeitig nimmt – auch das eine Folge des demographischen Wandels – die Zahl aktiver Menschen, die nicht mehr im Berufsleben stehen, zu. Von diesen wären viele bereit, wenn auch mit ‚verminderter Schlagzahl‘, mit Schülerinnen und Schülern weiter zu arbeiten. Allerdings scheitert ehrenamtliche Tätigkeit bislang in zu vielen Fällen an Informationsdefiziten. Darüber hinaus bestehen Unsicherheiten über vermeintliche Hindernisse versicherungs-, dienst-, arbeits- oder steuerrechtlicher Natur.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Daher wird der Magistrat gebeten, eine Initiative „Ehrenamt für Schule“ zu starten. Sie soll alle notwendigen Hilfestellungen geben, damit die bestehende Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit den Schulen auch zugute kommt.

1. Dazu gehört insbesondere die Einrichtung einer stadtweiten Personal-Börse, die ehrenamtliche Tätigkeiten an Schulen vermittelt und die sowohl den Schulleitungen als auch den an einer Mitarbeit auf ehrenamtlicher Basis Interessierten offen steht.
2. Die Personal-Börse dient gleichzeitig als Anlauf- und Beratungsstelle zur Klärung versicherungs-, dienst-, arbeits- oder steuerrechtlicher Fragen im Einzelfall.
3. In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt ist den Schulen ein Leitfaden zur Verfügung zu stellen, der die relevanten Rechts- und Verfahrensfragen beim Einsatz ehrenamtlicher Kräfte im Schulbereich zusammengefasst darstellt.
4. Die Initiative „Ehrenamt für Schule“ konzentriert ihre Arbeit zunächst auf folgende Tätigkeitsfelder ehrenamtlicher Mitwirkung im Schulbereich:
 - + Betreuung einzelner Schulprojekte
 - + Mitarbeit bei Ganztagschul-Angeboten
 - + Individuelle Unterstützung von Schülern auf dem Weg in die Berufswelt (Ausbildungsplatz-Lotsen u.ä.)
 - + Betreuung einzelner Schülerinnen und Schüler im Rahmen von individualisiertem Unterricht
 - + Integrationskurse für Schüler mit sozio-kulturellen Defiziten
5. Durch geeignete Informationen und gezielte Ansprache ist auch im Kreis der im Ruhestand befindlichen Lehrerinnen und Lehrer um Mitarbeit bei der Initiative „Ehrenamt für Schule“ zu werben.
6. In Gesprächen ist auszuloten, wo die notwendige Personal-Börse angesiedelt, wie die Frage der Aufwandsentschädigung geregelt wird.
7. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Anfang Juli ein Bericht über das Veranlasste vorzulegen.

4. **05-F-01-0041**

IGS-Plätze in Wiesbaden

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 25.04.2005 -

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, durch geeignete planerische Maßnahmen schnellstens dafür Sorge zu tragen, dass dem großen Bedarf an IGS-Plätzen in Wiesbaden endlich Rechnung getragen und dem Elternwillen entsprochen wird.

5. 05-F-05-0004

Generationenkonzept
Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 25.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zu erarbeiten, das innerhalb städtischer Einrichtungen und Institutionen (wie z.B. Pflegeheimen, geriatrischen Krankenstationen, Kindertagesstätten, Schulen etc.) eine intensive Zusammenarbeit der Generationen anregt und sicherstellt.

Als Orientierung sollen hierbei beispielhaft die bereits existierenden Projekt

- „Begegnungen der Generationen“ der Kindertagesstätte und des Altenpflegeheims im Toni-Sender-Haus,
- „Großeltern-Service“ der Lebensabendbewegung in Zusammenarbeit mit der evangelischen Familienbildungsstätte,
- die Kooperation der Helene-Lange-Schule mit der Partnerstadt Görlitz,

dienen.

Das Konzept soll auch geeignete, interessierte und stadtnahe Träger– beispielsweise die Volkshochschule und das Nachbarschaftshaus – mit einbinden.

6. 05-F-03-0051

Wiederwahl einer hauptamtlichen Dezernentin
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Stadträtin Rita Thies wird nach § 40 Abs. 1 HGO für eine weitere Amtszeit wiedergewählt.

7. 05-F-04-0002

Gedenkstätte für Wiesbadener Bombenopfer während des Zweiten Weltkrieges am Standort des ehemaligen Lyzeums

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 26.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat wird beauftragt, eine Vorlage zur zeitnahen Realisierung einer würdigen Gedenkstätte für die Wiesbadener Bombenopfer in zentraler Lage, mit Bezug auf das durch den Bombenangriff zerstörte Lyzeum, zu erarbeiten.

8. 05-F-06-0005

Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 26.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden, als Stadt des Friedens, der Demokratie, des Antifaschismus und der Völkerverständigung begeht den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus und als Tag, der das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa besiegelte.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die vielfältigen Veranstaltungen, die der Bedeutung dieses Tages für die Menschen in unserer Stadt, in Deutschland, in Europa und in der Welt Rechnung tragen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt Projekte, die insbesondere junge Menschen anregen, sich mit neonazistischem, rassistischem, antisemitischen und antidemokratischem Gedankengut auseinander zu setzen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird auch künftig ihren Beitrag dazu leisten, dass der alle Konfessionen, Nationalitäten und antifaschistischen Parteien umfassende Schwur von Buchenwald "Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg" gemeinsame Handlungsgrundlage ist.

9. 04-V-14-0001

DL 35/04-4

Prüfung der Jahresrechnungen 2001 und 2002

Berichterstatter: Stv. Dr. Goßmann

ANLAGE

10. 05-F-04-0001

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses wegen des geplanten Baus einer Tiefgarage unter dem Bowling Green und der Fällung der dortigen Platanen
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 26.01.2005 -

Berichterstatterin: Stv. Wansner

ANLAGE

11. 04-F-01-0077

DL 05/05-1, 40/04-4

Qualitätszielerreichung WiBus
- Beschluss des Revisionsausschusses Nr. 0012 vom 23.02.2005 -

ANLAGE

12. 05-F-01-0009

Toilettenanlagen in Wiesbaden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.01.2005 -

Die Schließung von Toilettenanlagen zum Jahreswechsel aus Einspargründen widerspricht dem Selbstverständnis eines adäquaten Serviceangebots einer großen Stadt, stellt eine Härte für die Bürgerinnen und Bürger dieser Kommune dar und ist nicht kompatibel mit unserem Anspruch an eine bürger- und besucherfreundliche, weltoffene Landeshauptstadt.

Die vor weit über 2 Jahren aufgenommenen Verhandlungen mit alternativen Anbietern zu den damals gekündigten Anlagen sind immer noch nicht zum Abschluss gebracht, Alternativen gibt es nicht oder sie wurden in der Öffentlichkeit nicht ausreichend kommuniziert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

- auch in Zukunft eine möglichst flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Toiletten zu gewährleisten, so dass Hygiene und Sauberkeit im gesamten Stadtbild gewahrt bleiben;
- dafür zu sorgen, dass Toilettenanlagen an stark frequentierten Orten, beispielsweise am Platz der Deutschen Einheit, der Marktkirche, am Mauritiusplatz, am Staatstheater oder der Maarau in Kostheim (dort vor allem in den Sommermonaten) erhalten bleiben;
- zu berichten, ob er beim Auslaufen des DSR-Vertrags neue Chancen zur Verbesserung der Situation sieht;
- wie in Zukunft auf Toilettenanlagen hingewiesen werden soll, um auch Ortsfremden Hinweise zu den Standorten der Anlagen zu geben.

ANLAGE

13. 05-F-01-0024

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Straßenbeleuchtung

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.02.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass Maßnahmen der Verwaltung zur Reduzierung der Straßenbeleuchtung nur nach Beteiligung der betroffenen Ortsbeiräte und durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vorgenommen werden dürfen.

Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, bereits vollzogene Maßnahmen zurückzunehmen und der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung der Ortsbeiratsbeschlüsse ein überarbeitetes Konzept vorzulegen.

14. 05-F-06-0002

Beirat in Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 01.03.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gemäß § 18 SGB II und der "Gemeinsamen Erklärung der Bundesagentur für Arbeit, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie der in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeitenden Spitzenverbände zur Gestaltung der öffentlich geförderten Beschäftigung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)" wird für die LH Wiesbaden ein Beirat eingerichtet.

Diesem Beirat werden folgende Aufgaben übertragen:

Der Beirat

1. genehmigt die Arbeitsgelegenheiten nach § 16 SGB II:
 - a) Abs. 1: Arbeitsgelegenheiten mit Arbeitsvertrag gegen Entlohnung als ABM
 - b) Abs. 3: Arbeitsgelegenheiten ohne Arbeitsvertrag gegen Mehraufwandsentschädigung (so genannte „1-Euro-Jobs“)

unter Beachtung der in der o.g. „gemeinsamen Erklärung“ empfohlenen Regelungen;
insbesondere
2. dokumentiert der Beirat die genehmigten Stellen unter Angabe der Zahl der Stellen, ihrer Verteilung auf die Träger, Ziele und des Zielerreichungsgrades der genehmigten Stellen im Hinblick auf die Eingliederungsvereinbarung und ihres Beitrags zur Integration in den Ersten Arbeitsmarkt,
3. definiert die Begriffe „Zusätzlichkeit“ und „öffentliches Interesse“, die als Kriterien in § 16 Abs. 3 SGB II für Arbeitsgelegenheiten genannt werden,
4. achtet darauf, dass durch die Arbeitsgelegenheiten „Qualifikationen vermittelt werden, die die Integrationschancen in den Arbeitsmarkt verbessern“ und „die Qualifizierung in enger

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Verknüpfung mit der Beschäftigung [...] an den individuellen Fähigkeiten des Einzelnen ansetz[t] und das Integrationsziel der Eingliederungsvereinbarung konkret unterstütz[t]" (Gemeinsame Erklärung, S. 3),

5. verfolgt das Ziel der Konsensfindung der beteiligten lokalen Akteure einschließlich der betroffenen Alg-II-Empfänger/innen und fungiert somit auch als Moderator zwischen den Trägern für die Arbeitsgelegenheiten und den dort nach § 16 SGB II eingesetzten Beschäftigten,
6. entscheidet über Sanktionen gemäß § 31 SGB II,
7. wertet die Erfahrungen mit der praktischen Umsetzung des SGB II aus und veröffentlicht die Ergebnisse dieser Auswertung mindestens zweimal jährlich.

Der Magistrat wird aufgefordert, bis zum nächsten Sitzungszug eine Vorlage zu erarbeiten, die die Arbeitsweise und Zusammensetzung des Beirates regelt. Dem Beirat sollen angehören:

- Vertreter/innen der in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammengesetzten Spitzenverbände
- Vertreter/innen von gewerkschaftlicher Seite (hier: ver.di)
- Vertreter/in(nen) des Sozialdezernates der LH Wiesbaden
- Als Vertreter/innen der StVV die Mitglieder des Sozialausschusses (bzw. Stellvertreter/innen)
- Vertreter/innen von Erwerbsloseninitiativen (hier: Erw.in, Wiesbaden).

15. 05-F-02-0013

Auswirkungen des Visa-Missbrauchs auf Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 02.03.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über folgende Gegenstände zu berichten:

1. Wie ist das Verfahren zur Erteilung von Touristen-Visa an Bürger von Nicht-EU-Ländern, insbesondere den ehemaligen GUS-Staaten, ausgestaltet?
(Es wird gebeten, speziell auf das sog. „Reisebüro-Verfahren“ sowie die Verwendung sog. Reiseschutz-Pässe (carnet de touriste) einzugehen).
2. Inwieweit ist die hiesige Ausländerbehörde in die Visa-Erteilung involviert, wenn Nicht-EU-Ausländer auf Einladung von Privatpersonen oder Firmen aus Wiesbaden nach Deutschland kommen wollen?
3. Wo sieht der Magistrat die „Schwachstellen“ der bisherigen Visa-Vergabepraxis, die den vielfachen Visa-Missbrauch begünstigt haben. Welche Änderungen wären nach seiner Auffassung notwendig, dies wirksam zu unterbinden?
4. In welchem Umfang ist Wiesbaden von den Auswirkungen der bisherigen Visa-Vergabe-Praxis des Auswärtigen Amtes, insbesondere an Bürger der ehemaligen GUS-Staaten, betroffen?

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Insbesondere wird um Auskunft gebeten:

- + Gab es Auffälligkeiten im Zusammenhang mit an Staatsangehörige ehemaliger GUS-Staaten erteilten Touristen- bzw. Geschäftsreise-Visen?
- + Ist es in solchen Fällen zu Abschiebungen gekommen? Welche Kosten sind hierbei angefallen? Gibt es Erkenntnisse über strafbares Verhalten?
- + Welche Erkenntnisse liegen über die Aktivitäten der Firma IHC „Internationale Handels- und Cooperations GmbH“ vor, gegen deren Inhaber ein Verfahren vor dem Landgericht Wiesbaden anhängig ist (vgl. Wiesbadener Kurier vom 08.02.05; Der Spiegel vom 28.02.05)?
- + Gibt es Informationen über das Schicksal der durch Vermittlung dieser Agentur Eingereisten? Sind insbesondere Fälle von Schwarzarbeit, (Zwangs-) Prostitution oder anderer krimineller Delikte bekannt geworden?

Der Magistrat wird ausdrücklich gebeten, soweit notwendig, zu diesem Gegenstand ergänzende Auskünfte beim Auswärtigen Amt, dem Zoll sowie der Staatsanwaltschaft einzuholen.

5. Wie beurteilt der Magistrat die Problematik des Visa-Missbrauchs vor dem Hintergrund des Wiesbadener Integrationskonzepts und der darin festgeschriebenen Zielsetzungen?

16. 05-F-03-0035

City-Offensive für Wiesbaden - "Ab in die Mitte"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.03.2005 -

2003 hat das Land Hessen gemeinsam mit diversen Partnern aus Wirtschaft, Kultur und Verbänden erstmals die City-Offensive "Ab in die Mitte" ausgeschrieben.

Mit dieser Initiative soll eine breite Öffentlichkeit für beispielhafte kommunale Konzepte und Strategien für die nachhaltige und dauerhafte Stärkung und Entwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren geschaffen werden. Die Herausbildung eines individuellen, unverwechselbaren Profils der Innenstadt soll unterstützt und gefördert werden.

Jährlich können sich die hessischen Kommunen an diesem Wettbewerb beteiligen. Mit "Wiesbaden von Sinnen" hat die Landeshauptstadt bereits positive Erfahrungen mit dem Projekt gesammelt.

Daran anknüpfend möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich am Wettbewerb "Ab in die Mitte" im Jahr 2006 zu beteiligen und der Stadtverordnetenversammlung bis nach der Sommerpause 2005 ein Konzept zur Teilnahme am Wettbewerb "Ab in die Mitte" vorzulegen.

Parallel sollte die Zeit bis zum Einsendeschluss der Bewerbungsunterlagen genutzt werden, um Akteure aus Kultur, Gastronomie, Handel und Wirtschaft zur Zusammenarbeit mit der Stadt für das Projekt zur Stärkung der City wie der Stadtteilzentren zu gewinnen und

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

gemeinsam Projektideen zu entwickeln.

In der Konzeptentwicklung sollten insbesondere bereits begonnene wie noch in der Prüfung befindliche Initiativen zur Stärkung der Innenstadt wie der Ortszentren einbezogen werden, wie z.B.

1. Eine multifunktionelle Chipkarte mit dem Arbeitstitel "Nero-Card", die als ÖPNV-Ticket, Car-Sharing-Autoschlüssel und gleichzeitig als Werbe- und Rabattmärkchen für den Wiesbadener Einzelhandel fungiert.
Das vorhandene Konzept der "Wiesbaden-Card" sollte in diesem Rahmen weiterentwickelt werden (Kopplung mit Einzelhandel, Gastronomie, ÖPNV, Car-Sharing)
2. Eine Verwaltungsvorschrift zur Sondernutzungssatzung für die neu gestaltete Fußgängerzone sowie für die zur Belebung besonders relevanten Straßenzüge in den Stadtteilen (z. B. Mainzer Straße in Kastel ...)
3. Eine Stadtbildsatzung als Gesamtkonzept zur Umsetzung eines Wiesbadener Leitbildes im Hinblick auf die attraktive, Wohn- und Lebensqualität fördernde Gestaltung von Städtebau und Stadtgrün

Um die Wohnnutzung in der Innenstadt zu stärken ist das Konzept für "Ab in die Mitte" mit parallel laufenden Projekten wie das Wohnraumversorgungskonzept und das Programm "Soziale Stadt" abzustimmen.

17. 05-F-06-0004

Ablehnung des gegenwärtigen Entwurfs der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt der Europäischen Kommission
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 02.03.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden stellt hinsichtlich des Richtlinienentwurfs fest:

- Er unterwirft wesentliche Leistungen der traditionell von Kommunen erbrachten Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge (z. B. Wasserwirtschaft, Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft usw.), soziale Dienste und durch Sozialversicherungen geregelte Dienstleistungen (Gesundheitsdienste, Pflege) einer allgemeinen Liberalisierung und greift damit tief in die Rechte der Mitgliedstaaten, ihrer regionalen Untergliederungen und insbesondere der Kommunen ein, diese Angelegenheiten und Leistungen in eigener Verantwortung zu regeln.
- Er verletzt in erheblicher Weise das im Vertrag über die Europäische Union verankerte Subsidiaritätsprinzip.
- Er schafft mit der breiten Verankerung des Herkunftslandprinzips ungleiche Wettbewerbsbedingungen für Dienstleistungen im europäischen Binnenmarkt, durchlöchert das einheitliche Recht der Mitgliedstaaten und organisiert so einen Wettlauf der mitgliedstaatlichen Rechtssysteme um niedrige Qualitäts-, Arbeits-, Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards.
- Er verzichtet auf eine sozialpolitische Regulierung des Dienstleistungsbinnenmarkts und macht eine effektive Kontrolle der Einhaltung des geltenden deutschen und EU-Rechts zur

Seite 10 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Entsendung von Arbeitskräften unmöglich.

- Er erschwert eine effektive Wirtschafts- und Unternehmensaufsicht und bietet unzureichende Vorkehrungen zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert die Europäische Kommission auf, diesen Richtlinienvorschlag umgehend zurückziehen. Sie fordert die Bundesregierung und den Bundesrat, die Regierungen der Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf, diesen Richtlinienvorschlag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden übermittelt ihren Beschluss an den Deutschen Städtetag, die Hessische Landesregierung, den Bundestag, die Bundesregierung, den Bundesrat, den Rat der Europäischen Union, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, die Europäischen Kommission, den Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen sowie den bundesdeutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

18. 05-F-01-0039

Zukunft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 25.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Eingliederungshilfe auch zukünftig beim Landeswohlfahrtsverband verbleibt. Nur so sind landesweit einheitliche Standards für die Behindertenhilfe aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig erfolgt über die Verbandsumlage eine gerechte Verteilung der Lasten auf die Landkreise und kreisfreien Städte nach ihrer Finanzkraft.
2. Der Reformprozess beim LWV ist weiter zu führen. Dazu gehört eine enge Abstimmung mit den Landkreisen und kreisfreien Städte, ein regional ausgewogenes Trägerkonzept für die Behindertenhilfe und die verstärkte Einbeziehung eines persönlichen Budgets für Behinderte.
3. Der LWV ist als Träger für Psychiatrische Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen und für den Maßregelvollzug nach wie vor von hoher Bedeutung.
4. Der Magistrat wird aufgefordert, sich im Sinne dieses Antrages für die Beibehaltung der Eingliederungshilfe beim LWV und der Trägerschaft des LWV für die Psychiatrischen Krankenhäuser und dem Maßregelvollzug auf allen Ebenen einzusetzen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Erhalt der Regionalverwaltung Wiesbaden mit 216 Mitarbeitern aus, weil nur so eine adäquate Betreuung der Behinderten und der Einrichtungen möglich ist.
6. Der LWV ist für die soziale Infrastruktur in Wiesbaden unverzichtbar. Der LWV finanziert in Wiesbaden Leistungen in Höhe von 44 Millionen €. Dadurch können 1400 Plätze in Wohn- und Pflegeheimen, im betreuten Wohnen, in Tagesstätten und in Beratungsstellen unterhalten werden.

19. 05-F-01-0040

Mahnmal der Künstlerin Jenny Holzer

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 25.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- zu berichten, welches Ergebnis die Anfrage bei der Künstlerin Jenny Holzer hinsichtlich des Standorts des geplanten Mahnmals erbracht hat;
- den Stadtverordnetenbeschluss vom Juli 2003 in Bezug auf umgehende Realisierung des Mahnmals nunmehr endlich in die Tat umzusetzen, um so ein wichtiges Signal für Demokratie und Menschenrechte zu setzen.

20. 05-F-03-0053

Realisierung des namentlichen Gedenkens

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung ist sich darin einig, dass im Anschluss an den beschlossenen Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Michelsberges umgehend die Umsetzung des seit langem geplanten Vorhabens zu bewerkstelligen ist.
2. Um der Verantwortung vor der Geschichte ohne weiteren Verzug zu entsprechen, sichert die Stadtverordneten der jüdischen Gemeinde zu, dass im kommenden Jahr
 - 350.000 Euro für die Realisierung der Gedenkstätte des namentlichen Gedenkens bereit gestellt werden.
 - 1.650.000 Euro für den Umbau des Michelsberges einschließlich der Neugestaltung des Stadteingangs der Fußgängerzone sowie des Kreuzungsbereichs Schwalbacher Straße bereitgestellt werden, um das städtebauliche Umfeld der ehemaligen Synagoge als würdigen Ort für des namentliche Gedenkens an die Wiesbadener Opfer der Shoa herzurichten,

21. 05-F-03-0054

Fehlende IGS-Plätze / Unzumutbare Folgelasten von Anbauten an bestehenden Gesamtschulen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 12 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

1. Die Stadtverordnetenversammlung erinnert daran, dass die Informationsfahrt des Ausschusses für Schule und Kultur vom 16. Dezember 2002 zu dem Ergebnis geführt hat, dass die bauliche Lage und die pädagogische Konzeption der Helene-Lange-Schule, der Hermann-Ehlers-Schule, der Wilhelm-Leuschner-Schule, der Sophie-und-Hans-Scholl-Schule sowie der IGS Kastellstraße es nicht zulassen, durch die Umwidmung oder den Umbau vorhandener Räumlichkeiten Platz für die Unterbringung zusätzlicher Klassen zu schaffen. Jeder Versuch dies dennoch zu bewerkstelligen, würde die vorhandene Angebotsqualität des Unterrichts dieser Gesamtschulen nachhaltig beeinträchtigen und käme einem Vertrauensbruch gegen über den Eltern dar, die sich aufgrund klarer Leistungszusagen seinerzeit entschieden haben, ihre Kinder in einer dieser Schulen unterzubringen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Auffassung, dass auch die im Schulentwicklungsplan niedergelegte Option des Anbaus von Räumen an bestehende Gesamtschulen kein geeignetes Mittel darstellt, um in diesen Schulen Raum für zusätzliche Klassen zu schaffen, da auch dieser Eingriff den bewährten Konzepte ihrer pädagogischer Arbeit die materielle Arbeitsgrundlage entziehen würde und zudem mit einem Kostenaufwand von circa sechs Millionen Euro kein akzeptables Verhältnis von Kosten und Nutzen aufweist.

22. 05-F-03-0056

Einrichtung eines Kunstbeirates

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Dezernent VIII/41 wird beauftragt, einen Kunstbeirat zu benennen, der den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung in zentralen künstlerischen Fragen berät.
2. Zu den Aufgaben des Kunstbeirates gehören:
 - Beratung bei der Auswahl (Ankauf, Übernahme von Leihgaben, Geschenken, Stiftungen etc.) von Kunstobjekten, die im öffentlichen Raum in Wiesbaden dauerhaft integriert werden sollen und entsprechende Standortempfehlungen,
 - kritische Würdigung des vorhandenen Kunstbestandes im Außenraum und Beratung über den weiteren Umgang damit,
 - Anregungen und Initiativen zur Weiterentwicklung des Gedankens "Kunst im öffentlichen Raum",
 - Beratung bei und Vorschläge für Gestaltungen in den Bereichen "Kunst am Bau", Innenstadt/Stadtraum (z. B. Fußgängerzonen) und Beratung bei öffentlichen Ausschreibungen/Wettbewerben in diesem Bereich,
 - Beratung bei stadtweiten Kunstaktionen (z. B. Kunstsommer),
 - Vorschläge für die Weiterentwicklung der städtischen Kunstsammlungen,
 - Beratung bei Ankäufen von Kunstwerken im Wert ab 10.000 €,
 - Vergabe der Kunsthaus-Ateliers,
 - Unterbreitung von Vorschlägen für die Auswahl von Wiesbadener Stipendiaten aus dem Bereich der bildenden Kunst für Aufenthalte in den Partnerstädten und im weiteren Ausland

Seite 13 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

(z. B. Brasilien) und ggf. Einrichtung eines Wiesbaden-Stipendiums.

3. Zusammensetzung des Kunstbeirats:

Um eine kompetente Beratung aller relevanten Fragestellungen zu ermöglichen, wird der Kunstbeirat mit Vertreter/innen der wichtigsten kulturellen Institutionen/Gruppen besetzt:

jeweils eine Vertretung

- Nassauischer Kunstverein (NKV)
- Verein zur Förderung künstlerischer Projekte (BVS-Verein)
- Museum Wiesbaden
- Verein Pro Arte Publicam (IG der Galerien in Wiesbaden)
- Berufsverband Bildender Künstlerinnen und Künstler
- Freier Bildender Künstler/innen
- Verein Kunst und Raum (Walkmühle)
- Fluxusfreunde
- Frauenmuseum

Zusätzlich nehmen an den Sitzungen teil:

- Vertretungen der im Stadtparlament vertretenen Fraktionen
- Kulturdezernentin
- Referat Bildende Kunst, Kulturamt
- je nach Sachlage können weitere Fachleute (z. B. Architekten) hinzugezogen werden.

4. Die Beratungsergebnisse des Kunstbeirates werden dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung schriftlich zur Kenntnis gegeben.

23. 05-F-04-0003

Besserer Schutz von Baukultur, Stadtbild und Grünanlagen

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 26.04.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zum besseren Schutz der für Wiesbaden typischen Baukultur, des Stadtbildes und der Grünanlagen zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich vorzulegen.

Das Konzept soll berücksichtigen, daß endlich dem Graffitiwesen energisch entgegengetreten werden muß.

Weiterhin ist die fortschreitende Zerstörung klassischer Villengebiete durch die Genehmigung störender in Form und Dimension deplatzierter Neubauten zu beenden.

Die für die Lebensqualität unserer Stadt höchst wichtigen Grünanlagen sind nicht nur zu erhalten, sondern wieder ihrer klassischen Gestaltung anzunähern.

Privatinitiativen, die diese Ziele unterstützen wollen, sind zu fördern.

24. 05-F-01-0043

Schriftliche Anfrage Nr. 92/04 der SPD-Stadtverordnetenfraktion nach § 43 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Verwendung der Mittel aus dem Garagenfonds

- Aufnahme als Beratungsgegenstand, da die schriftliche Antwort nicht fristgemäß erteilt worden ist -

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 04-F-03-0099

Mietzinsbegrenzung bei der Gemeinnützigen Wiesbadener Wohnbaugesellschaft (GWW)
- Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0107 vom 27.04.2005 -

ANLAGE

2. 04-V-51-0055

DL 08/05-1

Bericht über die Verwendung von Haushaltsmitteln des Gebäudemanagements für Kindertagesstätten für die H.H. Jahre 2002 und 2003. Genehmigung von üpl.-Mitteln für die Sanierung der KT Hellkundweg

3. 04-V-64-0011

DL 07/05-1

Erneuerung der Heizkesselanlage im Bürgerhaus Mainz-Kostheim einschließlich Verteiler- und Regelstation

4. 05-A-17-0001

Jahresbericht des Patientenfürsprechers der HSK für 2004

ANLAGE

5. 05-A-17-0002

Seite 15 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Jahresbericht 2004 der Patientenfürsprecherin für die Asklepios Paulinen Klinik u. a. Wiesbadener Krankenhäuser

ANLAGE

6. **05-V-01-0010** **DL 09/05-2**
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 45. Sitzung am 22.02.2005
7. **05-V-01-0013** **DL 11/05-1, 10/05-4**
Vormittagsöffnung des ESWE-Bades sowie dauerhafter Erhalt des Wiesbadener Bäderangebotes durch Schaffung einer Bädergesellschaft
- ANLAGE**
8. **05-V-05-0004** **DL 09/05-3**
Betrieb und Unterhaltung des Weitverkehrsnetzes in 2005
- ANLAGE**
9. **05-V-07-0001** **DL 07/05-3**
ELW - Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern
- ANLAGE**
10. **05-V-10-0003** **DL 08/05-3**
Wiesbadener Busgesellschaft mbH (WiBus); Benennung von Beiratsmitgliedern
- ANLAGE**
11. **05-V-11-5002** **DL 07/05-4**
Überschreitung der Personalausgaben Altersteilzeit (UA 0222) im Jahr 2004
12. **05-V-20-0003** **DL 08/05-4**
Quartalsbericht 04/2004 Projekt interR

13. **05-V-20-0010** **DL 07/05-5**
Dezentralisierung des Fuhrparks
14. **05-V-20-0011**
Schaffung von Vertretungsregelungen in den Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen

ANLAGE

15. **05-V-20-0016** **DL 09/05-4**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2004 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
16. **05-V-40-0001** **DL 07/05-6**
Innensanierung Altbau Leibnizschule
17. **05-V-41-0001** **DL 07/05-7**
Kunstsommer 2006
18. **05-V-41-0006** **DL 09/05-5**
Ankauf von Kunstwerken
19. **05-V-41-0007** **DL 09/05-6**
Betriebskosten Hessisches Staatstheater Wiesbaden / Abschluss 2004; Budget 2005
20. **05-V-41-0009** **DL 09/05-7**
Hessische Theatertage 2005
21. **05-V-51-0002** **DL 07/05-8, 03/05-3**
Errichtung einer Kindertagesstätte in Wiesbaden-Sonnenberg durch private Investoren

- 22. 05-V-51-0003 DL 07/05-9**
Bericht "Tagesbetreuung für Kinder 2004" und Planung Krippenbereich gemäß § 24a SGB VIII
ANLAGE
- 23. 05-V-51-0007 DL 08/05-5**
Auswirkungen der Einführung des SGB II Grundsicherung für Arbeitsuchende; Bereitstellung von üpl./apl. Haushaltsmitteln
- 24. 05-V-51-0008 DL 09/05-8**
Üpl. Genehmigung von Personalausgaben für das Rechnungsjahr 2004
- 25. 05-V-51-0009 DL 08/05-6**
Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
- 26. 05-V-52-0003 DL 10/05-6**
Stadion Berliner Straße; Sanierung Funktionsräume sowie Teilsanierung Laufbahn
- 27. 05-V-52-0004 DL 10/05-7**
Sanierung der quarzsandverfüllten Kunstrasenplätze in Biebrich und Dotzheim
- 28. 05-V-64-0003 DL 07/05-10**
Abwicklung SNB 2004 Wiesbaden und AKK
- 29. 05-V-66-0204 DL 08/05-8**
Ernst-Galonske-Straße in Mz-Kastel - Mittelfreigabe
- 30. 05-V-69-0001 DL 09/05-11**
Wohnungsbauprogramm 2005 - Kontingentanmeldung

31. **05-V-80-8043** **DL 09/05-12**

Beitritt der LH-Wiesbaden zur Rhein-Main Marketing GmbH

ANLAGE

32. **05-V-80-8050** **DL 10/05-11**

" EXINA e.V. " Auszahlung des 1. und 2. Quartals

33. **05-V-80-8051** **DL 11/05-4**

"Berufswege für Frauen"; Auszahlung des 2. Quartals

Tagesordnung III

1. **05-V-01-0008** **DL 08/05-2**

Bewerbung Wiesbadens als Unesco-Weltkulturerbe: Einrichtung einer Magistratskommission

2. **05-V-03-0002** **DL 11/05-1**

Zentrales Justiz- und Verwaltungszentrum Mainzer Straße; Sicherung der Qualität im Vergabeverfahren

ANLAGE

3. **05-V-61-0004** **DL 09/05-9**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nahversorgung Breckenheim" im Ortsbezirk Breckenheim - Änderungsbeschluss -

4. **05-V-61-0005** **DL 09/05-10**

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Nahversorgung Breckenheim" im Ortsbezirk Breckenheim;
Beschluss über den Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

5. **05-V-61-0010** **DL 10/05-8**
Flächennutzungsplanänderung "Auf den Erlen - Süd" im Ortsbezirk Auringen;
Entwurfsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung
6. **05-V-61-0011** **DL 10/05-9**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Auf den Erlen-Süd" im Ortsbezirk Auringen;
Beschluss über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes
7. **05-V-61-0013** **DL 10/05-10**
Bebauungsplanentwurf "Tennelbachtal - 2. Änderung Bereich nördlich der Höhenstraße" im
Ortsbezirk Sonnenberg;
Beschluss über die Änderung nach § 13 BauGB und die verkürzte öffentliche Auslegung
8. **05-V-61-0015** **DL 08/05-7**
Bundesgartenschau Mainz - Wiesbaden im Jahr 2021
9. **05-V-66-0202**
Holbeinstraße - Teilentwidmung
ANLAGE
10. **05-V-66-0300** **DL 07/05-11**
Sanierung von Wegeabschnitten: von Kellerskopfweg in Richtung Distrikt "In den langen
Löser" und von Distrikt Neuflachsland bis Revierförsterei und von der Kitzelbergstraße bis
rückseitig Friedhof in Wiesbaden
11. **05-V-67-0007** **DL 11/05-3**
Umwandlung des kommunalen Krematoriums in einen Betrieb gewerblicher Art

Tagesordnung IV

1. **04-V-80-2304** **DL 09/05-1 NÖ**

Seite 20 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.05.2005

Grundstücksverkauf an die Stiftung Deutsche Klinik für Diagnostik (DKD)

2. 05-V-20-0007

DL 07/05-1 NÖ

Abwendung der Insolvenz bei der Alten- und Pflegeheim Amöneburg, Kastel und Kostheim gGmbH

3. 05-V-22-0001

DL 08/05-1 NÖ

Spenden - Bericht über die im Jahr 2004 eingegangenen Zuwendungen

ANLAGE

4. 05-V-36-0005

DL 07/05-2 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 27.01.2005

5. 05-V-36-0012

DL 09/05-2 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

6. 05-V-66-0100

DL 08/05-2 NÖ

Unbefristete Niederschlagung einer privatrechtlichen Forderung (Deutsche Telekom AG)

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin